

Gründung religiöser Organisation

Die Militärbevollmächtigten Burmas, die *Union Solidarity and Development Party* (USDP), haben eine neue buddhistische Organisation gegründet. Diese macht es sich vor allem zum Ziel, die burmesische Bevölkerung davon abzuhalten, anderen Religionen beizutreten. »Missionare anderer Glaubensrichtung bringen die ländliche Bevölkerung mit Hilfsangeboten dazu, den Buddhismus aufzugeben und zu anderen Religionen zu konvertieren«, so Khin Shwe, Vorsitzender der Organisation. Der von den Vereinigten Staaten sanktionierte Geschäftsmann ist für die USDP im Bundesrat des Parlaments tätig und erklärte, dass

die Organisation nach den Richtlinien des Staates gegründet worden sei. Kritiker erklären dies zu einer Politisierung des Buddhismus, und auch Mönchen zufolge ginge es nur darum, die Religion für ihre politischen Absichten zu missbrauchen. Schon 2007 wurden Klöster bei den mönchsgeleiteten Protesten vom Militär ausgeraubt und Anhänger des Buddhismus zusammengeschlagen. Auch Thu Wai, Vorsitzender der *Democratic Party*, verwies auf die verfassungsrechtliche Verordnung von der das Verbot ausgeht, politische Ansichten in religiösen Organisationen einzubringen.

vgl. Irrawaddy, 13.1.2011

Änderung des Rentenalters im Militär

Das offizielle Rentenalter von 60 Jahren wurde für die *Tatmadaw*, dem einschlägigen Militär Burmas hoch gesetzt. Der Oberbefehlshaber Than Shwe und sein Vertreter Maung Aye sind mit ihren 78 und 73 Jahren die ältesten Generäle des Regimes. Saw Maung, früherer Senior General, änderte in den 1990er Jahren heimlich die militärischen Vorgaben, als er selbst das Rentenalter erreichte, um weiterhin auf seinem Posten zu bleiben. Auch nach seinem Rücktritt kurze Zeit später profitierten viele Offiziere in den höheren Rängen von der bedeutenden Änderung. Gen

Shwe Mann, Gen Thein Sein, Gen Tin Aung Myint Oo and Lt-Gen Tin Aung waren alle über 60, bevor sie letztes Jahr ihre Ämter niederlegten. Heute sind alle Generäle in ihren frühen und Mittfünfzigern – mit Ausnahme des 20 Jahre älteren Staatschefs und seines Stellvertreters. Diese können aufgrund der getroffenen Regelung nun im Amt verweilen. Die nächste Änderung hat allerdings noch etwa fünf Jahre (oder eine Legislaturperiode) Zeit, bis die nächsten Wahlen anstehen.

vgl. Irrawaddy, 1.2.2011

Internet

Angeregt von den revolutionären Protesten in Nordafrika baut nun auch die burmesische Bevölkerung auf die Nutzung des Internets, um sich gegen das Regime zur Wehr zu setzen. Aktivisten bieten eigenfinanzierte Internetkurse in lokalen Cafés an. Die Zahl der Internetnut-

zer ist mit 400.000 derzeit noch sehr gering. Die meisten von ihnen sind in Rangun und Mandalay, nur etwa 10.000 befinden sich nach offiziellen Zahlen in anderen Teilen des Landes.

vgl. Irrawaddy 22.2.2011

Russischer Zweig von BP will kooperieren

Der russische Zweig des Öl-Großkonzerns BP will in Länder investieren, die strikten internationalen Sanktionen ausgesetzt sind, sickerte es dank WikiLeaks aus einer US-Diplomaten-Quelle durch. TNK-BP, die Tochterfirma, aufgebracht von den andauernden Streitigkeiten zwischen BP und russischen Investoren, will sich nun den Projekten in Kurdistan, Kuba und auch Burma widmen. Ein vom BP Vorstand eingelegtes Veto führt nun zu weiteren Spannungen zwischen Konzern und Investoren. »Anderenfalls würde es zu Problemen aufgrund US- und Westeuropäischer Sanktionen führen«, erklärte der aktuelle geschäftsführende Vorstand BPs, Bob Dudley, der vor einiger Zeit Vorstandsvorsitzender der Tochterfirma war. TNK-BP Direktor und mächtiger russischer Geschäftsmann German Khan, sieht das anders. Er soll zusammen mit Alfa Partners, dem TNK-BP Teilhaber, die treibende Kraft in dem risikoreichen Projekt sein. Er nutzt die Ressourcen der Firma, um sich Gebieten anzunehmen, in die BP nicht investieren kann. Bisher blockierte die EU Geschäfte von europäischen Konzernen, die mit staatlichen Firmen Burmas eingegangen werden sollten. Neben zahlreicher Kritik, die es schon seitens Menschenrechtsorganisationen gab, würden weitere Verhandlungen mit Burma zu weiterreichenden Rückschlägen führen.

Während die Sanktionen staatliche Konzerne betreffen, sind Unternehmen wie die *Union of Myanmar Economic Holdings* (U-MEH) nicht darin eingeschlossen, da sie dem Militär gehören. Zwei der größten Rivalen BPs hingegen, das französische Unternehmen Total und der US-Konzern Chevron arbeiten schon seit mehreren Jahrzehnten mit *Myanmar Oil and Gas Enterprise* (MOGE) zusammen, wofür sie regelmäßig international Kritik ernten.

vgl. Democratic Voice of Burma, 1.2.2011

Landminen weiterhin ein Problem

Eine von zehn burmesischen Gemeinden ist von Landminen betroffen, das meldete ein Nachrichtendienst. Nach Jahren des Konflikts leidet Burma unter den schlimmsten Landminenproblemen der Welt. Über zehn Prozent der Städte sind vermint, ließ eine schweizer humanitäre Organisation verlauten. Das Militärregime verleugnet die Problematik seit 2004. Basierend auf Nachforschungen im letzten Jahr habe sie sämtliche Landminenverletzungen, bis auf einige schwerwiegende Gliedmaßenamputationen, verschwiegen. »Die momentane Situation ist nicht sehr stabil, so dass eine Entminung in naher Zukunft nicht stattfinden kann«, erklärt Kathrine Krammer, asiatische Programmdirektorin von Geneva Call. Lokale Organisationen nehmen sich derweil des Problems an: Gutachten werden erstellt und Opfer erhalten erste Unterstützung. Aber nicht nur das Militär und ethnische Armeen sind dafür verantwortlich. Auch die Bevölkerung vermint Land um Städte, um sich vor Angriffen zu schützen. Des Weiteren werden so genannte »Business-Minen« zur Beeinflussung des Drogenhandels eingesetzt. Im weltweiten Ranking der Landminenunfälle belegt Burma den dritten Platz nach Afghanistan und Kolumbien.

vgl. *The Epoch Times* (US), 28.01.2011

Soziales Netzwerk für die Jugend

Aung San Suu Kyi will ein soziales Netzwerk für Jugendliche aufbauen. »The People's Network« soll Mitglieder und Führungskräfte der *National League for Democracy* (NLP) verbinden, erklärte die Vorsitzende auf einer Jugendversammlung in Rangun. Prinzipien der Demokratie und Menschenrechte stehen im Mittelpunkt des Projekts, das in städtischen wie auch ländlichen Gegenden etabliert werden soll. Über ein G-Mailaccount können sich junge Menschen aus dem ganzen Land

einloggen und sich über ihre Bedürfnisse, Hilfsangebote und Ideen austauschen. Auch wenn es noch an Organisation mangelt, so ist eine weitere Panglong Konferenz über ethnische Gleichheit und Unabhängigkeit der unterschiedlichen Gruppierungen geplant. Des Weiteren unterstützen Richter aus unterschiedlichen Regionen kostenlos das Projekt und bieten ihre Hilfe bei Ungerechtigkeit und Problemen an.

vgl. Mizzima, 10.02.2011

Tausende weiterhin obdachlos

Auch Monate nach Wirbelsturm Giri, der im Oktober 2010 in dem westlichen Bundesstaat Rakhine gewütet hat, sind immer noch mehr als 15.000 Familien obdachlos. Die geschätzten 104.000 Menschen wurden von dem 22 Millionen US-Dollar schweren Hilfsfond mit Planen, Bambuspfeilen, Seilen und Hämmern ausgestattet. »Allerdings«, so Srinivasa Popuri, Landesprogramm-Manager für das *UN Human Settlements Programme* (UN-HABITAT) »wird dies nicht ausreichend sein, die schon angeschlagene Bevölkerung vor der nächsten humanitären Krise zu schützen. Die Monsunzeit beginnt schließlich

im Juni.«

Bei dem Platzregen Ende Oktober 2010, einer der schwersten der je gemeldeten Platzregen, mit Winden von 121 Kilometer pro Stunde sind in den Gemeinden Myebon, Pauktaw, Kyaukpu und Minbya mehr als ein Drittel der Häuser zerstört worden, ein weiteres Drittel schwer beschädigt. Ein erfolgreicher Wiederaufbau ist dringend notwendig, da die Stürme, so die nationale Wetterstation, in den letzten 100 Jahren immer öfter und mit weitreichender Härte aufgetreten sind.

vgl. IRIN (UN Office for the Coordination of Human Affairs), 4.2.2011

Weitgehende Zensur der Proteste in Ägypten

Die Aufstände der Bevölkerung Ägyptens werden weitreichend in den staatlichen und privaten Medien Burmas zensiert. Während die Proteste international verfolgt werden konnten, hat die Abteilung für Zensur der burmesischen Regierung den Informationsfluss deutlich eingegrenzt. Fotos und Filmmaterial aus Ägypten dürfen gar nicht veröffentlicht werden, Artikel der Journalisten werden strikt zensiert. »Wir dürfen nichts von politischen Massenprotesten

und dem Sturz des Diktators schreiben«, klagte ein privater Journalist »dabei wollen wir die Bevölkerung umfassend informieren.« Die Diskussionen zwischen Mubarak und der Opposition hingegen waren kein Tabu, durften aber nicht auf den Titelblättern erscheinen. Auch in Ägypten waren die medialen Einschränkungen durch die Regierung stark kritisiert worden, bis Mubarak zurück trat.

vgl. Mizzima, 8.2.2011